

Ringeln um Zukunft der AKB: Sind einige Grossräte befangen?

Wer für eine Privatbank tätig ist, soll in den Ausstand treten, fordert der CVP-Sprecher.

Rolf Cavalli

Es geht um viel morgen bei der AKB-Debatte im Grossen Rat. Zur Diskussion steht die Abschaffung der Staatsgarantie für die Kantonbank und deren Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. FDP und SVP forcieren das. Mitte-Links ist tendenziell bis klar dagegen. Es wird also eng und es kann auf jede Stimme ankommen. Im Vorfeld der Debatte herrscht eine gewisse Nervosität. Einige bürgerliche Grossräte kommen unter Druck, weil sie mit Konkurrenzbanken der AKB verhandelt sind.

Jemand, der sich daran stört, ist CVP-Grossrat Andreas Meier, der in der Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben zur knappen Minderheit gehört, die für den Status quo der Kantonbank plädiert. Meier findet: «Mandanten von Finanzinstituten müssen sich bei dieser Debatte die Frage stellen, ob sie fairerweise in den Ausstand treten sollten.» Namentlich gemeint sind allen voran FDP-Fraktionschefin Sabina Freiermuth, die als Beirätin der NAB (Neue Aargauer Bank) amtiert, und FDP-Fraktionsvizepräsident Silvan Hilfiker, der bei der NAB als Stabschef angestellt ist. Ebenfalls Bankverbindungen haben FDP-Grossrätin Suzanne Marclay-Merz, Verwaltungsrätin bei der Bank Leerau, sowie Maya Meier, Kundenberaterin bei der UBS. FDP-Grossrat Herbert H. Scholl war bis 2018 NAB-Verwaltungsrat.

Lobby für Privatbanken, aber nicht für AKB

CVP-Grossrat Meier betont, dass im Gegensatz zu anderen Banken die AKB aufgrund ihrer Richtlinien keine Lobby im Grossen Rat haben dürfe. Ob er als Sprecher der CVP-Fraktion konkret den Antrag stellen wird, dass Sabina Freiermuth & Co. in den Ausstand treten müssen oder er es im Rat einfach thematisiert, lässt Meier offen.

Die angesprochene Sabina Freiermuth hat die aktuelle



FDP-Fraktionschefin Sabina Freiermuth ist im Beirat der NAB tätig. Bild: Alex Spichale



FDP-Vizefraktionschef Silvan Hilfiker arbeitet als Stabschef bei der NAB. Bild: AZ



SVP-Grossrätin Maya Meier arbeitet bei der UBS, ihr Mann bei der AKB. Bild: Claudio Thoma

AKB-Debatte 2017 mit ihrem Postulat angestossen. Den Vorwurf, sie sei als Beirätin der NAB befangen, weist sie zurück. «Ich bin als Beirätin weder involviert noch betroffen von Entscheidungen der Bank. Im Beirat sitzen Personen aus Wirtschaft und Politik, die sich halbjährlich treffen und der Bank Rückmeldungen geben zu Entwicklungen aus der Region, mehr nicht.»

NAB-Strategie Hilfiker stimmt nicht ab

Freiermuth betont, dass sie erst seit 2018 im NAB-Beirat sitze, die FDP aber schon seit Jahren ihre «grundliberale Haltung» in ihrem Programm verankert habe, dass der Staat keine eigene Bank führen müsse. Die FDP-Grossrätin sieht auch aus einem anderen Grund keinen Anlass, beim AKB-Geschäft in den Ausstand zu treten: «Die Ausstandsregel ist im Unvereinbarkeitsgesetz geregelt und sie ist hier eindeutig nicht gegeben. Das würde auch in keinem Verhältnis zu unserem Milizsystem stehen.»

Als Stabschef der NAB ist Silvan Hilfiker für die Strategie der Bank zuständig. Der FDP-Grossrat ist sich der Brisanz bewusst. Wenn es jeweils um die routine-

mässige Absegnung der AKB-Jahresrechnung gehe, stimme er jeweils stets zu. «Aber bei dieser strategischen Frage um die Zukunft der AKB trete ich aufgrund meiner Rolle freiwillig in den Ausstand», sagt Hilfiker auf Anfrage. Der Freisinnige macht kein Geheimnis daraus, dass er wie seine Fraktion klar für ein Ende der Staatsgarantie und den Schritt Richtung Privatisierung der AKB ist. «Aber bei der Abstimmung werde ich mich enthalten.» Bereits in der vorbereitenden Kommission, welche das AKB-Geschäft behandelte, hat sich Hilfiker wegen seines NAB-Jobs entschuldigt.

Keinen Anlass, in den Ausstand zu treten, sieht Suzanne Marclay-Merz: «Ich fühle mich beim AKB-Geschäft aufgrund meines Mandates als Verwaltungsrätin bei der Bank Leerau nicht befangen.» Die Ausstandspflicht sei sehr restriktiv geregelt. Das Geschäft betreffe die Bank Leerau nicht unmittelbar und auch ein persönliches Interesse liege in nicht vor.

SVP-Grossrätin und UBS-Angestellte Maya Meier sagt, dass sie normalerweise in den Ausstand trete, wenn es im Grossen Rat um die AKB gehe. Allerdings nicht, weil sie bei der

UBS arbeite, sondern wegen ihres Ehemannes, der bei der AKB angestellt ist. Wenn jährlich im Rat die AKB-Jahresrechnung abgenommen werde und es konkret um Dividenden etc. gehe, stimme sie nicht mit. Denn davon sei ihr Mann als AKB-Angestellter betroffen.

Bei der Diskussion über die Abschaffung der Staatsgarantie und Umwandlung der AKB in eine Aktiengesellschaft will Meier aber nicht in den Ausstand treten: «Hier geht es um eine politische Grundsatzfrage über die rechtliche Stellung der AKB, welche den Kanton Aargau und seine Bevölkerung betrifft; da nehme ich mir das Recht als Volksvertreterin, darüber abzustimmen.» Eine Befangenheit als Angestellte der UBS sieht Meier nicht gegeben.

SVP-Präsident Glarner kritisiert SVP-Fraktion

Für SVP-Präsident Andreas Glarner ist dagegen klar: «Wer bei einer Konkurrenzbank in einem Gremium sitzt, muss in den Ausstand.» Es gehe nicht an, dass hier aufgrund von möglichen eigenen Interessen Politik auf dem Buckel der Kantonbank gemacht werde. Für Glarner ist klar: Auch seine Par-

teikollegin Meier müsse in den Ausstand.

Glarner versteht ohnehin nicht, warum die AKB angerührt werden soll, und schont dabei auch seine eigene SVP-Fraktion nicht, die sich für die Abschaffung der Staatsgarantie ausspricht: «Die Rennleitung unserer Fraktion politisiert da meines Erachtens an unserer Bevölkerung vorbei – die AKB gehört nämlich den Aargauerinnen und Aargauern.» Nationalrat Glarner kämpfte schon früher als Grossrat und Fraktionschef stets für die AKB.

Für SP-Grossrat Arsène Perroud, dessen Fraktion ebenfalls für den Status quo der AKB kämpft, ist bei der Frage nach Befangenheit in erster Linie «wichtig, dass die Interessenverbindungen der Parlamentarier transparent sind». So könne die Bevölkerung selber ihre Schlüsse ziehen zu den Positionen in der AKB-Debatte. Perroud will keine direkte Aufforderung an seine bürgerlichen Ratskollegen mit Bankverbindungen stellen, in den Ausstand zu treten. «Aber ich erwarte, dass jeder Grossrat Verantwortung übernimmt für sein Handeln, so wie es ihn die Kantonsverfassung verpflichtet.»

Fahrländer

Aufwühlende Zeiten

Haben «wir» jetzt die SP-Regierungskandidatin, die «wir» gesucht haben? Durchaus möglich. Die Aarauer Stadträtin und frühere Grossrätin Franziska Graf-Bruppacher will. Sie will in Aarau sozusagen vom unteren ins obere Rathaus wechseln. Sie könnte die Kantonsregierung vom ungunstigen frauenlosen Zustand erlösen – und sie würde im viergeteilten Aargau die Formel «2x Ostaargau, 1x Westaargau, 1x Fricktal, 1x Freiamt» bekräftigen. Natürlich hat sie weniger Erfahrung in kantonaler Politik als zum Beispiel Marco Hardmeier. Dafür kennt sie auch das Exekutiv-Geschäft. Sollte sie von ihrer Kantonalpartei auf den Schild gehoben werden, müsste sie im verbleibenden halben Jahr einfach noch dafür sorgen, dass man sie auch in den übrigen Kantonsteilen etwas besser kennt.

SVP-Nationalrätin Martina Bircher wagt den Sprung auf die Weltbühne. Wieder einmal will sie Sozialeleistungen für Flüchtlinge an den Kragen. Diesmal geht es um die Verweigerung von Kinderrenten. Als sie darauf aufmerksam gemacht wurde, eine solche Verweigerung verstosse gegen die Genfer Flüchtlingskonvention der UNO, quitierte sie entspannt: Dann ändern wir die halt... Sie werde in dieser Sache beim Bundesrat vorstellig werden. Die Flüchtlingskonvention von 1951 wurde von 143 Staaten unterzeichnet. Einer Änderung müssten sämtliche Mitgliedstaaten zustimmen. Bisher wurde sie nie geändert. Frau Bircher hat schon erfolgreich am öffentlichen Spitex-Monopol in Aarburg gerüttelt. Nun wendet sie sich grösseren Brocken zu. Wenn sie sich nur nicht daran verschluckt.

Das Warmwasser in den Duschschalen der Kantonsschule Baden ist mit Legionellen kontaminiert. Diese können die Legionärskrankheit auslösen, eine Lungenentzündung, die durch Tröpfcheninfektion übertragen wird und tödlich verlaufen kann. Haben Sie es gelesen? Hat es sie beunruhigt? Auch nicht? Schülerschaft und Öffentlichkeit reagieren nach dem Schawinski-Motto «Who cares?». Sorry, wir haben gerade keine Zeit, wir sind mit dem Corona-Virus beschäftigt. Ein Schelm, wer dabei denkt, die Schulleitung habe für ihre schlechte Nachricht ein günstiges Zeitfenster ausgesucht...

P.S. Habe eben eine Tastatur benutzt, die nicht mir gehört. Gehe jetzt gleich Hände waschen.



Hans Fahrländer
hans.fahrlaender@chmedia.ch

Für Regierungsrat genügt Kuratoriums-Regelung

Antwort auf eine Interpellation nach Vorwürfen der Vetternwirtschaft und Intransparenz.

AZ-Artikel über den Verdacht auf Vetternwirtschaft, mangelnde Transparenz und Interessenkonflikte im Aargauer Kuratorium haben nicht nur in der Aargauer Kulturszene für Wirbel gesorgt. SVP-Grossrätin Desirée Stutz reichte eine Interpellation betreffend Sicherstellung der korrekten Verwendung von Steuermitteln und Swisslos-Fonds-Mitteln ein.

Jetzt hat der Regierungsrat geantwortet. «Verschiedene rechtliche Vorgaben und ergänzende Regelungen sorgen dafür, dass das Aargauer Kuratorium seine Aufgaben zur Kulturförderung

kompetent, ausgewogen und sachgerecht wahrnehmen kann», so der Regierungsrat. Dabei betont er den Grundsatz, dass «Mitglieder des Kuratoriums keine Förderbeiträge beim Kuratorium stellen können». Tatsächlich hat Stephan Diethelm, der inzwischen zurückgetretene Vizepräsident des Kuratoriums und Leiter der Fachgruppe Jazz und Rock/Pop die Anträge für seine Konzertreihe «Musik im Pflegedach» Muri nicht selbst eingereicht, sondern die Dachorganisation «Muri Kultur». Das hat dem Kuratorium den Vorwurf eingebracht, Dop-

pelrollen zu vertuschen. Denn Diethelms Konzertreihe hat so indirekt Fördergelder (zuletzt 40 000 Franken) erhalten. So wollte Stutz wissen, ob der Regierungsrat die Kritik teile, dass die Regelung, wonach ein Kuratoriumsmitglied das Gesuch für Fördermittel für Projekte, an denen er beteiligt ist, nicht selbst unterzeichnen dürfe und damit gegenüber der Öffentlichkeit nicht mehr in Erscheinung trete, eher Intransparenz statt Transparenz schaffe.

Der Regierungsrat weist darauf hin, dass «Gesuche zu Projek-

ten/Produktionen mit einer Mehrzahl Mitwirkender, an denen Kuratoriumsmitglieder in einer künstlerischen oder organisatorischen Funktion beteiligt sind, beim Aargauer Kuratorium eingegeben werden können, sofern die betreffenden Kuratoriumsmitglieder nicht direkt persönliche Empfängerinnen oder Empfänger von Beitragsgeldern sind». Weiter betont der Regierungsrat die bestehende Ausstandsregel, die nach seiner Ansicht geeignet ist, um Interessenkonflikte zu vermeiden und Transparenz zu schaffen.»

Von allen aargauischen Jazzclubs hat Diethelms Konzertreihe mit Abstand am meisten Geld erhalten. Und das, obwohl in Muri keine Schweizer Bands gebucht werden. Der Regierungsrat schreibt, dass «im Rahmen der Unterstützung von Institutionen keine Auflagen bezüglich der Verpflichtung von Schweizer Künstlerinnen und Künstlern gemacht werden». Institutionen seien aber «angehalten, die Aargauer Szene nach Möglichkeit zu berücksichtigen».

Stefan Künzli